

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1894

13.3.1894 (No. 71)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 13. März.

No. 71.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Voranschlagung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1894.

Amtlicher Theil.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 3. d. M. ist Folgendes bestimmt:

Magdeburgisches Jäger-Bataillon Nr. 4:
Fzhr. Marschall v. Bieberstein, Premierlieutenant, in das Jäger-Bataillon von Neumann (1. Schleifchen) Nr. 5 —
Fzhr. v. Carnap, Premierlieutenant vom Jäger-Bataillon von Neumann (1. Schleifchen) Nr. 5, in obiges Bataillon — versetzt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 12. März.

Die spanische Ministerkrise scheint nach kurzer Dauer zum Abschluß zu kommen. Ueber ihre Ursachen liegen nähere Mittheilungen vor. Nachdem der Ministerpräsident Sagasta im Ministerrathe erklärt hatte, daß es vor der Festsetzung des Termins für die Einberufung der Cortes unumgänglich nötig wäre, sich über diejenigen Fragen zu einigen, deren Entscheidung bis zur Erledigung der marokkanischen Angelegenheit vertagt worden war, entwickelte der Finanzminister Samago seinen Standpunkt. Er erklärte seine Bereitwilligkeit, zurückzutreten, um dem Ministerpräsidenten seine Aufgabe zu erleichtern, da er selbst auf seine eigene Finanzpolitik nicht verzichten könnte. Samago bekannte sich zugleich als entschiedener Anhänger unmittelbar zu ergreifender energischer Maßregeln, um den Widerstand in Navarra zu brechen, wo sich bekanntlich autonomistische Bestrebungen geltend machen. Ebenso bekämpfte der Finanzminister die Mehrzahl der von den Eisenbahngesellschaften geforderten Zugeständnisse. Anhänger der Schutzpolitik, will Samago auch die Handelsverträge bekämpfen, durch welche die fiskalischen Ergebnisse beeinträchtigt werden. Die Mehrheit der Minister trat der Auffassung Samago's entgegen, insbesondere hinsichtlich der navarresischen Angelegenheit und der Eisenbahnfrage. Der Kolonialminister Mauro bot gleichfalls seine Demission an, weil es ihm unmöglich sein würde, gegenüber der liberalen Mehrheit sein „Home Rule“-Projekt für die Insel Ruba durchzusetzen. Da die Bemühungen der Minister Sagasta, Lopez Dominguez und Capdepon, die Gegensätze auszugleichen, sich als vergeblich erwiesen, reichten dann sämtliche Minister ihre Entlassung ein. Die Königin-Regentin hat aber Sagasta mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt und diese Neubildung scheint sich in der Richtung zu vollziehen, daß Samago und Mauro auscheiden. Im übrigen handelt es sich wohl weniger um die förmliche Bildung eines neuen, als um die Rekonstruktion des alten Kabinetts, da mit Sagasta auch Maret, Pasquin und Capdepon im Kabinet verbleiben sollen. Daß das Kabinet in seiner bisherigen Zusammensetzung keine große Lebensdauer zu erwarten hatte, war bekannt. Schon im vorigen Herbst traten deutliche Anzeichen dafür hervor, daß an ein

längeres ersprießliches Zusammenwirken der Kabinetts-genossen nicht zu denken sei. Sagasta hat denn auch die notwendige Umbildung des Ministeriums nur so lange hinausgeschoben, bis der Streit mit Marokko beendet sein würde.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag nahm am Samstag die Verlängerung des Handelsprovisoriums mit Spanien in erster und zweiter Lesung an. Durch diese Vorlage wird das Handelsprovisorium mit Spanien und die Frist für die Ratifikation des am 8. August vorigen Jahres unterzeichneten deutsch-spanischen Handelsvertrages bis zum 15. Mai verlängert, da die spanischen Cortes, von deren Genehmigung die Ratifikation des neuen Vertrags noch abhängt, erst Ende März zusammentreten können und daher die Angelegenheit nicht bis zum 31. März, zu dem bisherigen Endtermin des Handelsprovisoriums, erledigt werden wird. Die Verlängerung des Handelsprovisoriums wurde ohne Debatte genehmigt.

Alsdann ging der Reichstag zur zweiten Lesung des deutsch-russischen Handelsvertrags über. Abg. v. Mantuffel (konf.) drückte sein Bedauern darüber aus, daß über die Verhandlungen der Kommission über den Handelsvertrag mit Rußland kein schriftlicher Bericht erstattet worden ist. An der Diskussion hierüber beteiligten sich noch die Abg. Richter, Bachem und Hammacher. Sodann erstattete Abg. Müller (nat.-lib.) den Bericht über die Verhandlungen der Kommission.

Artikel 1 des Handelsvertrages behandelt die Gleichstellung der Angehörigen des fremden Staates mit den Einheimischen bezüglich des Handels- und Gewerbebetriebs. Abg. Paffe (nat.-lib.) erbat eine Aufklärung über diesen Artikel, sowie über die Möglichkeit, ob der deutsche Osten durch russische Arbeiter und Isfacliten überflutet werden könnte. Als wünschenswerth bezeichnete er es ferner, daß von Seiten der Regierung eine Erklärung über die Aufhebung der Staffeltarife gegeben werde.

Die vom Abg. Paffe gewünschte Aufklärung über die Staffeltarife wurde vom Reichskanzler Grafen Caprivi gegeben. Der Reichskanzler erklärte, die verbündeten Regierungen stimmten vollkommen demjenigen zu, was Staatssekretär v. Wetticher in der Kommission ausgesprochen hat. Die Erwägungen über den Termin für die Aufhebung der Staffeltarife seien nicht abgeschlossen, wesentliche wirtschaftliche Bedenken dagegen, die Staffeltarife schon am 1. August aufzuheben, beständen aber nicht. Der Zweifel, ob auch die Staffeltarife für die ganze Dauer des russischen Handelsvertrages aufgehoben bleiben würden, habe sich durch die einfache Ermüdung, daß ja die Motive für die Aufhebung der Staffeltarife wesentlich zusammenhängen mit dem Handelsvertrage und der Aufhebung des Identitätsnachweises. Es sei also eine einfache logische Schlussfolgerung, daß die Staffeltarife für die Dauer des Vertrags aufgehoben bleiben. Bindende Erklärungen könne er darüber nicht abgeben, da ja die Notwendigkeit eintreten könnte, im Interesse eines noch bestehenden Landestheiles die Staffeltarife wieder einzuführen. Man hat geglaubt, daß man die Staffeltarife nur aufheben wolle, damit der Handelsvertrag angenommen werde. Das ist aber nicht die Absicht der Regierung. Der Reichskanzler schloß mit der Erklärung, was die Ursache zur Aufhebung der Staffeltarife anlangt, so könne er versichern, daß die erste Anregung dazu von der entscheidenden Stelle in Preußen ausgegangen ist.

Nachdem der Reichskanzler die vom Abg. Paffe provokierte Erklärung hinsichtlich der Staffeltarife abgegeben hatte, widerlegte der Staatssekretär Fzhr. v. Marschall auch die Be-

denken des genannten Abgeordneten in Bezug auf Artikel 1 des Vertrags. Er betonte, daß die Reichsregierung vollständig freie Hand habe, russische Individuen abzuschließen, auszuweisen oder nicht zuzulassen. Das Hoheitsrecht bleibe vom Vertrag vollständig unberührt. Verschieben von der Frage, wie russische Staatsangehörige zu behandeln seien, wäre die, wie diejenigen zu behandeln seien, welche die russische Staatsangehörigkeit verloren haben. In dieser Beziehung enthalte § 22 des Schlussprotokolls einen großen Fortschritt, insofern als sich Rußland verpflichtet habe, auch solche Individuen wieder aufzunehmen. Bisher sei es dann nicht verpflichtet gewesen.

Die weitere Debatte bot sehr wenig Bemerkenswerthes. Der Antisemit Liebermann von Sonnenberg polemisierte gegen den Vertrag, ebenso der konservative Fzhr. v. Hammerlein unter spezieller Bezugnahme auf Art. 1 des Vertrags, indem er auf die vom Staatssekretär Fzhr. v. Marschall schon widerlegte Behauptung zurückkam, daß der Artikel den Eintritt russischer Juden nach Deutschland erleichtere. Prinz Rabinowitsch kündigte die Zustimmung der Polen zu dem Vertrage an, die er damit begründete, daß die Polen die Regierung nicht hindern wollen, festere und stabilere wirtschaftliche Verhältnisse zu Rußland herzustellen. Der bayerische Bauernbündler Hilpert empfahl die Ablehnung des Artikels 1 und des ganzen Vertrags, wach er protestierte gegen die Behandlung der Judenfrage durch den Abg. Liebermann von Sonnenberg, Richter befragte die Aufhebung der Staffeltarife und sprach sich besonders gegen eine etwaige Bindung der Eisenbahntarife für die Zukunft aus. Graf Arnim (Reichsp.) rief mit der Ansicht, daß die Reichsregierung Preußen zwingen wolle, die Staffeltarife aufzuheben, eine Erwiderung des Reichskanzlers hervor. Reichskanzler Graf Caprivi bezeichnete diese Ansicht als vollkommen irrig und verurtheilte auf das Schärfste die Tendenz derselben.

Schall (konf.) sprach sich gegen den Vertrag mit Rücksicht auf die Landwirtschaft aus. Fzhr. v. Peereboom (Centr.) stimmte dem Vertrage wegen der Aufhebung der Staffeltarife zu. Zwischen Ulrich (Soc.) und Liebermann v. Sonnenberg erfolgte eine persönliche Auseinandersetzung, wobei Ersterer zur Ordnung gerufen ward. An der weiteren Debatte beteiligten sich die Abg. Richter, Holz, v. Kardorff und Graf Rirbach. Es zeigte sich, daß der Diskussionsstoff gründlich erschöpft worden war, und die Debatte begegnete nur noch einem geringen Interesse, während Alles mit Spannung der Abstimmung entgegenlag.

Bei der namentlichen Abstimmung über Artikel 1 des Vertrags wurde derselbe mit 200 gegen 146 Stimmen angenommen. Für den Artikel stimmten geschlossen die beiden freisinnigen Parteien, die süddeutsche Volkspartei, die Sozialdemokraten, die Polen, die Welfen und die Elbsäcker, ferner das Gros der Nationalliberalen, etwas weniger als die Hälfte des Centrums, von der Reichspartei: Höffel, Krupp, Reuschner, Mirbach, Weber-Danzig, Schulz-Lupis, Fzhr. v. Stumm, Baumbach und Müller-Darburg, von den Konservativen Prinz Hohenlohe-Dehringen, Prinz Hohenlohe-Waldenburg, Graf Dönhoff-Friedrichstein und Udden, sowie der Hospitant Jörn v. Bulach. Dagegen stimmten die Antisemiten und Bauernbündler, von den Nationalliberalen die Abg. Brund, Bantleon, Bayerlein, Friedberg, Gantner, Dahn, Fzhr. v. Peul, Hofang, v. Marquardsen, Wansch-Ferber, Schulze-Denne, Schwertfeger, Walter, Graf Oriola, Weber-Heidelberg und Paasche; vom Centrum stimmten etwa 40 mit nein, während 15 bis 20 fehlten.

Unter großer Unruhe des Hauses ward die Beratung der anderen Artikel begonnen. Artikel 2 bis 5 und 8 bis 18 wurden ohne erhebliche Debatte angenommen. Die Beratung über die Artikel 6 und 7 wurde ausgesetzt, da sie mit der Tarifberatung verbunden werden soll.

Großherzogliches Hoftheater.

8. Die sonntägige Premiere des „Falkaff“ von Verdi ist, wie es das Werk sowohl als die Aufführung desselben im allgemeinen nicht anders verdient, mit großem Beifall aufgenommen worden. Die scharfe Charakteristik, die Prägnanz des Ausdrucks, der unerschöpfliche Humor und jene biederbe Offenheit, welche wir an Shakespeare's „Merry wives of Windsor“ schätzen und lieben gelernt haben, sind auch der neueren musikalischen Behandlung dieses dramatischen Vorwurfs eigen, und der große Italiener Verdi hat sich mit seinem „Falkaff“ als ein würdiger Kontrastpret des großen Briten erwiesen. Dieser „Falkaff“ ist kein Duet — dafür fehlt ihm die selbständige Bedeutung und Schönheit der Musik; er ist auch kein Musikdrama oder vielmehr kein Musikdrama — dafür fehlt ihm die einzig durch die thematische Behandlung, alias durch die Leitmotivtechnik zu ermöglichende Einseitigkeit und Kontinuität der musikalischen Gestaltung, sondern er ist eben eine „lyrische Komödie“, das heißt eine musikalisch illustrierte oder vielmehr kolorierte Komödie, die durchaus wirksame farbige Reproduktion eines Volksstückes. Ein größerer Gegensatz als der zwischen den singeligen Duetten des früheren Verdi und seinem so dramatisch-dramatischen „Falkaff“ ist wohl kaum denkbar, und sowohl der künstlerische Ernst und die absolute Wahrhaftigkeit als auch die immerhin noch sehr beträchtliche musikalische Gestaltungskraft des 80jährigen maestro zwingen uns zu hochachtungsvoller Bewunderung dieses Werkes.

Die „Lustigen Weiber von Windsor“ sind und bleiben eine selbständige Bühnendichtung von theilweiser Zwitternatur, indem die Schlussszene derselben, die Verlobung Falkaff's unter der Herrschaft, unserem modernen Empfinden wenigstens ohne Mühe ebenso unumgänglich erscheint, als beispielsweise der „Sommer nach Strömung“. Diese Scene erfordert geradezu die Beihilfe der Kontinuität; alle übrigen Scenen haben sowohl von Mosenthal als von Boito, und zwar von Letzterem mit größerer Treue, nur mit vielen Kürzungen für ein musikalisches Libretto zurechtgemacht werden können. Mosenthal-Nicolaï's „Lustige Weiber

von Windsor“ wurden dabei eine Oper, also etwas von der Originalkomödie mehr Abweichendes, in seiner Art Selbständigeres, wobei zu beachten ist, wie Nicolaï speziell die lyrischen Momente der Komödie und so auch namentlich die Schlussszene ganz besonders geliebt sind, Boito-Verdi's „Falkaff“ rückt das dramatische Element vollständig in den Vordergrund, ist also eigentlich weniger als Nicolaï's Oper eine „lyrische Komödie“, sondern vielmehr eine musikalische Komödie, der überall vor einer mittelmäßigen Interpretation des Shakespeare'schen Originals der Vorrang gegeben werden — die aber, unserem Empfinden nach, vor einer wirklich bedeutenden Darstellung der Wortkomödie zurückweichen müßte. Erträglich ist und bleibt aber diese tolle Komödie auch in ihren musikalischen Bearbeitungen, und namentlich es wird nicht beschiden gewesen ist, jenen nahezu vollständigen Ton und jene wondrouscheinhaft schillernden Klänge für den ganzen Ekkensauf zu finden, welche Nicolaï's Oper so vollständig haben werden lassen, so übertrifft er seinen Vorgänger an energischer Charakteristik des Titelhelden und einzelner Ensemblestellen, und die beiden ersten Akte wenigstens verdienen durchweg die hochbegeisterte Aufnahme, die ihnen hier bei der Erhäufung des Werkes zu theil geworden ist. Daß auch der letzte Akt hier und mehr als an anderen Orten recht lebhaften Beifall fand, muß wohl vor allen Dingen der recht hübschen Inszenierung der Schlussszene durch die Herren Regisseur Schön und Balletmeister Rathner, sowie schließlich dem musikalisch sehr rühmlichen Vortrag der ungetrichenen Schlussszene gebankt werden.

Die Wiedergabe des Werkes war im allgemeinen eine recht lobenswerthe und fand ihren Schwerpunkt in der zum größten Theil recht vorzüglichen Fassung der Männerrollen. Herr Blant hat unsere hochgespannten Erwartungen nicht getäuscht; er war Sir John Falkaff in jedem Wort, in jedem Ton und in jeder Bewegung, und mit vollem Rechte konnte er nicht nur als Ritter John, sondern auch als der demselben darstellende Künstler sagen: „Doch ohne mich, was hätte ihr begonnen? Ich that etwas Salz in eure Fastenpeisel! Ich war's, ja ich, der Euch

erheitert!“ Ihm vor Allen galten die vielfachen Hervorrufe nach jeder Scene, und seiner in Ton und Gebärde gleich kraftvollen und liebenswürdig humoristischen Interpretation der Titelpartie ist der unlängst bedeutende Erfolg der hiesigen Premiere zuzuschreiben.

Herr Cord's sang den Ford sehr anerkennenswerth, wobei ihm besonderer Dank für den hübschen ausdrucksvollen Vortrag des großen Monologes im zweiten Akte gebührt sein soll, und schuf auch schauspielerisch eine Gestalt, die durchaus glaubhaft und sympathisch wirkte. Herr Rosenbergs als Fenton, die Herren Lebe und Heller als Bardolph und Pistol und Herr Sugaenbühler als Dr. Caius ließen nichts zu wünschen übrig und brachten Eßtere durch vornehmlich gefanglich anziehende Leistungen, die Anderen durch charakteristisches Sprechen und Gebahren reiche Abwechslung in die Handlung.

Weniger gut waren die Frauenrollen besetzt, von denen Frau Alice Ford (Fräulein Mailbach) und Frau Nicky (Fräulein Friedlein) verhältnismäßig noch am besten wegkamen. Darstellerisch gelang den Damen ja alles recht vorzüglich, aber wenn schon die beiden Genannten mit einer gewissen Schwerfälligkeit des Organes zu kämpfen hatten und dadurch namentlich bei den Ensemblepassagen der zweiten Scene des ersten Aktes eine Trägheit des Tempos erzwangen, so litt Fräulein Königkätter's Kennchen vielfach unter einer ziemlich schärfe und Gewaltthatigkeit — und Fräulein Meyer's Frau Meg Bage unter Aengstlichkeit und Furchtlosigkeit des Tonansages. Wir hatten gehofft, Fräulein Fritsch als Kennchen und Frau Reuß als Frau Bage zu hören und zu sehen.

Die Chöre hatten ihren kleinen Part gut studirt und werden bei Wiederholungen des Werkes leicht jene vom Dirigenten unabhängige Sicherheit erlangen, die in den ersten Scenen des Werkes auch unsern Solomitsgliedern ein noch feineres und freieres Gebahren ermöglichen dürfte. Das Orchester spielte gut, nur fast durchweg zu lärmend, wodurch die singenden Künstler vielfach gezwungen wurden, den in dieser Komödie meistentheils sehr wohl angebrachten ParlandoGesang aufzugeben und ihre Stimmen

Die Weiterberatung erfolgt heute; außerdem steht auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung die dritte Beratung des Handelsprovisatoriums mit Spanien.

Deutschland.

* Berlin, 11. März. Ihre Majestät die Kaiserin tritt morgen Früh um 8^{1/2} Uhr die Reise nach Abbazia an.

Aus Hannover geht einem hiesigen Blatte die Mitteilung zu, Herr v. Bennigsen habe erklärt, er werde seine Entlassung als Oberpräsident nehmen und sich nach Tübingen in das Privatleben zurückziehen. Rudolf von Bennigsen vollendet im nächsten Sommer sein 70. Lebensjahr. Wie auch seine parlamentarische Thätigkeit zeigt, erfreut er sich einer Rüstigkeit, die bisher den Gedanken an seinen Rücktritt aus dem öffentlichen Leben als noch ziemlich fernliegend erscheinen ließen; eine Erkrankung, von der er unlängst befallen wurde, ist von ihm rasch und vollständig überwunden worden. Schon vor einiger Zeit dementierte der „Hannoversche Courier“ eine Nachricht, laut welcher Herr v. Bennigsen aus dem Parlament ausscheiden wolle. Es mag dahingestellt bleiben, ob die heute vorliegende Meldung von seiner angeblichen Amtsmüdigkeit nicht etwa nur ein Nachhall jenes bereits widerlegten Gerüchtes ist.

Der Führer der polnischen Fraktion im Reichstag, Abg. v. Koscielski, Vertreter von Znowojaw, hat sein Mandat niedergelegt, das er seit 1884 befehlen hatte. In parlamentarischen Kreisen wird dieser Vorgang lebhaft besprochen, seine Ursachen sind jedoch nicht völlig klar. Die „Nat.-Lib. Corr.“ schreibt: „Koscielski hatte seinen bedeutenden Einfluß auf seine Landsleute in jüngster Zeit in einem gewissen regierungsfreundlichen Sinne ausgeübt; sein Eintreten für frühere Marineforderungen und auch für die kleinen Handelsverträge war von großer Bedeutung. Eben damit aber scheint er es mit seinen Landsleuten verstanden zu haben. Es soll in den letzten Tagen zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen in der Fraktion gekommen sein. Bei den Abstimmungen über die neuen Schiffsbauten am Freitag fehlten sämtliche Polen, obwohl sie im Hause anwesend waren. Auch über die Stellung zum russischen Handelsvertrag herrschten Meinungsverschiedenheiten. Von seinen Fraktionsgenossen wurde Herr v. Koscielski auch der Vorwurf gemacht, er habe nicht genug für die national-polnischen Interessen erreicht.“ In wie weit diese Darstellung zutrifft, muß unentschieden bleiben, bis aus den Kreisen der Fraktionsgenossen des Herrn v. Koscielski Näheres über die Gründe seiner Mandatsniederlegung bekannt wird. Mit dem russischen Handelsvertrag dürfte der Rücktritt des Herrn v. Koscielski doch kaum unmittelbar zusammenhängen, da die Polen ja für den Vertrag gestimmt haben.

Die günstige Einwirkung des deutsch-russischen Handelsvertrages auf den deutschen Export dürfte sich sehr bald fühlbar machen. Wie russische Blätter melden, sind sofort, nachdem der Abschluß des Handelsvertrages bekannt geworden ist, von einer größeren Anzahl Petersburger und Moskauer Firmen zahlreiche Bestellungen auf Waaren in Deutschland gemacht worden; diese Waaren lagern gegenwärtig in beträchtlicher Menge in Thorn, um sofort nach Inkrafttreten des Handelsvertrages die russische Grenze zu passieren. Ferner geben Zuschriften aus dem Königreich Polen, namentlich aus dem Gouvernement Kalisch, an russische Blätter der sicheren Erwartung Ausdruck, daß der dortige Handelsverkehr nach der Ratifizierung des Vertrages sich wesentlich beleben werde.

Nachdem vor Kurzem in Griechenland ein Marken schutzgesetz erlassen worden ist, haben gewerbliche Kreise in Deutschland wiederholt den Wunsch geäußert, daß die Vortheile des neuen griechischen Gesetzes möglichst bald im Wege einer Gegenseitigkeitsvereinbarung auch den deutschen Reichsangehörigen zugänglich gemacht werden möchten. Wie man aus zuverlässiger Quelle erfährt, sind die Verhandlungen hierüber zwischen den beiderseitigen Regierungen bereits eingeleitet und werden voraussichtlich binnen kurzem zum Abschluß gelangen. Weiter hört man, daß schon jetzt vor dem förmlichen Abschluß der Verhandlungen deutsche Marken in Griechen-

land angenommen und in das Register eingetragen werden. Deutsche Gewerbetreibende, welche an der baldigen Erlangung des griechischen Markenschutzes ein Interesse haben, mögen sich also mit ihren Gesuchen an die zuständige Stelle, den Sekretär des Gerichts erster Instanz zu Athen, wenden.

Italien.

Z Rom, 10. März. Ganz Rom steht unter dem Eindruck der Katastrophe vom Monte Citorio. Es ist wohl kein Zweifel, daß es sich um einen anarchistischen Anschlag gegen Mitglieder des Parlaments handelte, an denen man Rache nehmen wollte für ihre Haltung gegenüber den Vorgängen in Sicilien wie in Carrara oder die man einschüchtern wollte am Vorabend der Abstimmung über die Verhaftung des Revolutionärs Del Felice. Die Räume des Parlaments sind zu sorgfältig bewacht, als daß ein Bombenwerfer die That von Paris hätte nachahmen können. So überließen die Frevler es dem Zufall, wer das Opfer ihrer Schandthat sein würde. Es steht jetzt fest, daß zwei Individuen einem der zahlreichen Wachslichtverkäufer, welche die Straßen Roms bevölkern, eine Schachtel übergeben, mit der Bitte, sie einen Augenblick zu halten, und sich dann eilig entfernten, daß dieser, als der Schachtel Rauch entstieg, sie rasch zur Erde warf, und daß auf solche Weise die Explosion erfolgte. Ihre Opfer waren der unglückliche Mann mit den Wachslichtern und sodann harmlose Passanten. Weithin hörte man den Knall der Explosion wie einen mächtigen Donnererschlag, der Schreien, die Aufregung am Schauplatz der That, auf der Piazza Colonna, in den umliegenden Straßen war gewaltig. Alle Fensterheben im Parlamentsgebäude sprangen, verschiedene Abgeordnete, die nach Schluß der Sitzung noch im Hause geblieben waren, eilten herbei, Neugierige strömten herzu, die Polizei erschien, bald auch Militär, um die Straße abzusperrten. Es war am 9. März Abends 6 Uhr 20 Minuten. Man hob die Verwundeten auf, brachte sie nach den Hospitälern, die einen nach der Consolazione, die andern nach San Giacomo.

Am schwersten verwundet sind der Sekretär im Schatzministerium, Francesco Angeli, der Korporal im 3. Genierement Ernesto Melegari, Carlo Molaroni, Beamter im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Eugenio Valdi, Soldat im 11. Infanterieregiment, Angeli starb noch in der Nacht, Molaroni mußte ein Bein amputirt werden, auch Valdi schwebt in Lebensgefahr. Herzzerrend war der Jammer der Mutter des Valdi, die ihren Sohn besuchen wollte, aber keinen Einlaß im Hospital San Giacomo erhielt, weil die Ärzte wegen des Zustandes der Verwundeten jede Aufregung von ihm fernhalten wollten. Noch andere, leichter Verwundete, wurden in das Hospital San Giacomo gebracht, zwei Frauen in einer nahen Apotheke verbunden. Einige Verwundungen rühren von den auf die Straße gefallenen zersprungenen Fensterheben her.

Als bald begannen die Verhöre der unglücklichen Opfer und die Bemühungen der Polizei, der Urheber des Attentats habhaft zu werden. Der leicht verwundete Wachslichtverkäufer Petracca und ein Maurer, Polidossi, wurden in Untersuchungshaft abgeführt. Aber bisher ist es nicht gelungen, eine Spur der Schuldigen aufzufinden. Alle Welt ist erstaunt, wie es möglich war, daß die Verbrecher ihr Vorhaben noch am hellen Tage und dicht beim Parlamentsgebäude ausführen konnten, das — in der Voraussetzung, daß es zum Gegenstand anarchistischer Angriffe gemacht werden könnte — sorgfältig bewacht war. Die „Tribuna“ meint, man wisse nicht, ob man sich mehr über die Frechheit der Attentäter oder über die Blindheit der Polizeigenoten wundern müsse. Der König, tief ergriffen von dem Vorfall, hat seinen Adjutanten Cav. Galeazzo Sartifana in die Hospitäler geschickt, um Erkundigungen über den Zustand der Verwundeten einzuziehen. Ich ging gerade eine Viertelstunde vor der Katastrophe am Parlamentsgebäude vorüber und machte mir noch meine Gedanken über die vielen Wachen, die da standen. Jetzt wird man freilich besser als bisher Umhau halten.

Frankreich.

Paris, 11. März. Die französischen Kammern sollen am 15. d. M. ihre Osterferien antreten, um den Generalräthen die Abhaltung ihrer Frühjahrstagung zu ermöglichen. Die Regierung hätte gewünscht, daß das Budget für 1895 noch vor den Ferien in der Kammer eingebracht werde. Ein Unwohlsein des Finanzministers Burbeau hat jedoch den Abschluß der Budgetarbeiten verzögert, und da überdies die Drucklegung der Vorlage mindestens zehn Tage beansprucht, so wird die Verteilung derselben während der Ferien und die Wahl des Budgetausschusses erst nach Wiederaufnahme der Sitzungen erfolgen können. Die Kammerverhandlungen der letzten Tage boten nicht viel Bemerkenswertes dar.

Niederlande.

Haag, 11. März. In Holland ist am Freitag eine parlamentarische Krisis eingetreten. Sie hat ihren Ursprung in der Annahme eines Zusatzantrags aus der Mitte der Zweiten Kammer, welcher das aktive Wahlrecht an eine Personalsteuer knüpfen will. Die durch die Reformvorlage der Regierung angestrebte Erweiterung des Wahlrechts würde dadurch wieder wesentlich eingeschränkt werden. Vorläufig hat es den Anschein, als ob nicht das Ministerium zurücktreten, sondern vielmehr die Kammer aufgelöst werden würde.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 11. März. Im norwegischen Storting hat der Abgeordnete Ullmann eine Tagesordnung beantragt, in der es heißt, in dem Schweißen der Thronreihe über die Fragen, um deretwillen das Ministerium die

Regierung übernommen habe, sehe das Storting einen neuen Beweis von Mangel an Fähigkeit und gutem Willen der Regierung, diese Fragen zu lösen, die Selbstständigkeit Norwegens zu behaupten und sein Wohl zu fördern. Das Storting beschließt, daß der offene Brief des Königs mit der Rede dem Protokoll beigelegt werde. Diese Tagesordnung, die also ein Tadelvotum in der schärfsten Form enthält, ist nun im Storting mit 62 gegen 49 Stimmen angenommen worden.

Rußland.

St. Petersburg, 11. März. Der Anwesenheit der kaiserlichen Familie auf dem Ballfeste des deutschen Botschafters in Petersburg widmet die Wiener „N. Fr. Pr.“ einen längeren Artikel. Sie meint, dadurch, daß die Nachricht über das Erscheinen des Czaren beim Feste im Petersburger „Regierungsbote“ vorher angekündigt worden sei, werde der Beweis geliefert, wo hoch man in politischen Kreisen der russischen Hauptstadt die Bedeutung dieses Ereignisses schätze. Außerdem werfe der Umstand ein günstiges Licht auf die Besserung der internationalen Lage, daß der Czar mit der Gräfin Wolkenstein, der Gemahlin des österreichischen Botschafters in Petersburg, den Ball eröffnete. — Der Gesundheitszustand des russischen Ministers des Auswärtigen, v. Giers, hat sich nach den neuesten Meldungen jetzt so weit gebessert, daß die Ärzte eine Reise des Ministers in die Schweiz zum Frühjahr in Aussicht gestellt haben. — Der Petersburger Berichterstatter der „Polit. Corr.“ versichert auf Grund von Informationen, die er an kompetenter Stelle eingeholt hat, daß die Behauptungen des Pariser „Saulois“ von einer angeblich zwischen Rußland und Frankreich bestehenden Militärkonvention jeder Begründung entbehren.

Amerika.

New-York, 11. März. General Hypolyte, der Präsident der Republik Haiti, ist als eine energische und entschlossene Natur bekannt, als ein Mann, der mit seinen Gegnern kurzen Prozeß macht, wenn er sie in seine Gewalt bekommt. Eine Meldung, die heute über Kingston auf der Insel Jamaika kommt, kennzeichnet die häßlichen Verhältnisse. Sie besagt, ein Kriegsschiff des Präsidenten Hypolyte habe eine Nacht, die den Aufständischen auf Haiti Munition zuführen sollte, weggenommen und sie nach einem Hafen von Haiti übergeführt, wo die gesammte Besatzung der Nacht auf Befehl Hypolyte's erschossen worden sei. Es müssen da aber wohl besonders erschwerende Gründe vorgelegen haben, die ein so summaires Verfahren herbeiführten.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 12. März. 49. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Günner.

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Eisenlohr, Ministerialdirektor Seubert, Geh. Oberregierungsrath Dr. Arnsperger und die Ministerialräthe Begerer und v. Bodman.

Der Präsident eröffnete 1/2 Uhr die Sitzung und gab vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort dem Abg. Stegmüller zu einer erklärenden Berichtigung seiner Ausführungen vom letzten Mittwoch über die Gebührenbezüge der Straßenmeister. Er sei hier mißverstanden worden und er müsse annehmen, daß er sich nicht genügend ausgedrückt habe. Er habe lediglich das System der Gebührenleistung bekämpfen wollen, das dazu führe, daß die Straßenmeister vielfach genöthigt seien, auswärtige Dienstleistungen vorzunehmen, um die Gebühren zu erhalten, und zwar gelte dies nicht immer im dienstlichen Interesse. Er habe also lediglich das System bekämpfen und es als eine unmoralische Anstalt bezeichnen wollen. Seine Absicht sei eine gute gewesen und lediglich im Interesse des Dienstes geschehen.

Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetretten und erstattet Abg. Hoffmann namens der Budgetkommission Bericht über die im Jahr 1892/93 im Administrationswege verwilligten Kredite.

Dieselben werden debattelos für unbeanstandet erklärt. Es folgt sodann Berathung des Berichts der Petitionskommission über die Bitte der evangelisch-protestantischen Kirchengemeinderäthe von Karlsruhe, Freiburg, Rahr, Baden, Pforzheim, Heidelberg und Mannheim um Er-gänzung des Gesetzes vom 26. Juli 1888, die Bestimmung für örtliche kirchliche Bedürfnisse betr. Berichterstatter: Abg. Strübe.

An der Debatte beteiligen sich die Abgg. Schlusser, Neumann, Gerber, Kiefer, Wacker, Hennig, Kirchengauer und seitens der Regierung Geh. Oberregierungsrath Dr. Arnsperger.

Schluß der Sitzung 1/3 Uhr. (Ausführlicher Bericht folgt.)

* Karlsruhe, 12. März. 50. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Mittwoch den 14. März, Vormittags 9 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung des Berichts der Kommission für den Gesetzentwurf, die Gebühren für Geschäfte der Rechtspolizeiverwaltung betreffend. (Berichterstatter: Abg. Frhr. v. Bodman.) 3. Berathung der Berichte der Budgetkommission über das Budget des Großh. Finanzministeriums für 1894/95, und zwar Tit. I, II, III, XII, XIII (Berichterstatter: Abg. Heimbürger); Tit. V, VIII, IX, X und XI der Ausgabe und Tit. II, V, VI der Einnahme. (Berichterstatter: Abg. Dreesbach.)

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 12. März. 1. Deutscher-russischer Handelsvertrag. Für den Artikel 1 des deutsch-russischen Handelsvertrages stimmten am

unmüher Weise zu forciren. Doch dies sind Mängel, die gegenüber der von Herrn Generalmusikdirektor Motz im ganzen vortrefflich einstudierten und geleiteten Vorstellung insofern wenig zu bedeuten haben, als sie bei Wiederholungen leicht beseitigt werden könnten, und so glauben wir zuversichtlich, daß die in ihrer Hauptpartie so vorzüglich besetzte übermüthige Komödie, die sich außerdem mit ihren geschmackvollen Kostümen und Dekorationen recht kosttheatermäßig ausnimmt, für längere Zeit dem wohlverdienten Interesse des hiesigen Publikums begehren wird.

Die zwei für diese Premiere von Herrn Hoftheatermaler Wolf neu angefertigten Dekorationen: „Das Innere des Gasthauses zum Hofenbunde“ und „Zimmer im Hause Ford's“ zeigten uns ihren Schöpfer wiederum als einen Meister in seinem Fache, und wie haben namentlich an dem Wirthshausinneren die charakteristische und besonders durch den aparten Effekt des seitlichen Oberlichtes gehobene Eigenart des Bühnenbildes bewundern können.

* Berlin, 10. März. (Von dem Ruffhäuser-Denkmal für Kaiser Wilhelm I.) wird berichtet: Gegenwärtig wird rasch an dem riesigen Turme gebaut, in dessen Rische das in Kupfer getriebene Reiterstandbild des Kaisers, gleichsam aus dem Turme heraus in's Freie rittend, Aufstellung finden wird. Das Modell des Reiterstandbildes in halber wirklicher Größe wird von Prof. Gundrieser-Berlin im Laufe dieses Jahres vollendet und wurde vor einigen Tagen vom Denkmalausschuß besichtigt. Ebenso geht der erste Modellentwurf zur Barbarossa Figur, welche aus den Felsen des Ruffhäuser in gewaltigen Dimensionen herausgemeißelt, gleichsam aus der Tiefe des Burghofes hervorwachsen wird, im Atelier des Bildhauers Nikolaus Geiger seiner Vollendung entgegen. Der Denkmalausschuß gedenkt, in der Voraussetzung, daß die nöthigen Geldmittel so einzuheben, wie es nöthig ist, die Arbeiten rasch zu fördern, so daß am 10. Mai 1896, 25 Jahre nach dem Frankfurter Frieden, das Ruffhäuser-Denkmal fertiggestellt und eingeweiht werden kann.

